

## Die deutsch-französischen Beziehungen.

Das Urteil eines Franzosen.

Der französische sozialistische Abgeordnete Jules Urbu sprach sich in einer längeren Unterredung mit dem Korrespondenten der Dresdener Nachrichten über die Vorgänge der jüngsten Tage in Paris im Zusammenhang mit der Hindenburg-Feier aus. Die Ausführungen dieses einflussreichen Abgeordneten sind um so bedeutsamer, als er dadurch, wie er ausdrücklich betont, nicht nur seinen persönlichen Standpunkt vertritt, sondern auch den seiner politischen Freunde. Aus den sehr eingehenden Erklärungen Jules Urbus sind insbesondere folgende Stellen interessant: Nach einer sachlichen und würdigen Kritik der Hindenburg-Feier und einem interessanten hypothetischen Vergleich mit der Zeit der Präsidentschaft Mac Mahons versichert Urbu, daß in unterrichteten Kreisen die Hindenburg-Feier nicht in Zusammenhang mit dem Stand der deutsch-französischen Beziehungen gebracht werde. Wörtlich heißt es da u. a.: Entscheidend ist und bleibt jedoch die Frage, ob Deutschland die Politik von Locarno und Genf ehrlich fortführen will. Dr. Stresemanns Rede in der Vollversammlung des Völkerverbundes verschafft uns hierüber positive Gewißheit. Da auch bei uns der Wille zum Ausbau guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland unerfälschlich ist, so hoffen wir fest, die in einigen Boulevardblättern und nationalistischen Parteigruppen entfesselte Kampagne gegen Deutschland erfolgreich abzuwehren. Wir wissen, daß die Idee eines Revanchekrieges im deutschen Volke keine nennenswerte Anhängerzahl besitzt. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns bleibt unverändert auf das Ziel einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich gerichtet. Die weiteren Stappen einer künftigen Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen liegen klar vor uns. Das Rheinland muß geräumt werden. Ich bin mit meinen politischen Freunden davon überzeugt, daß die Aufhebung der Besetzung Frankreichs Sicherheit nicht um ein Jota beeinträchtigen wird. Es wäre aber von großem Nutzen für die Fortsetzung der Annäherungspolitik, wenn wir die Bevölkerung des Rheinlandes von den fremden Offizieren und Mannschaften befreien und dadurch soziale Schwierigkeiten sowie unvermeidliche Reibungsflächen beseitigen. Ich spreche eine in meinem Lande vielfach vertretene Meinung aus, wenn ich erkläre, daß es, um ein bestmögliches Volk zur Anerkennung seiner Allerschuld am Kriegsausbruch zu zwingen, noch nicht genügt, ihm einfach diese Schuld in einem Diktatfrieden aufzubürden. Es ist notwendig, daß die Völker selbst auf Grund eines unparteiischen Urteils zur Lösung des Schuldproblems gelangen.

## Die Hitlerbewegung von 1923.

Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages.

Im Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages begann die Verhandlung über die Vorgänge vom Frühjahr 1923, die zum Hitler-Putsch führten. Zunächst erstattete der Berichterstatter Graf Besta-Losja (Bayerische Volkspartei) ein Referat über die Bewaffnung der Nationalsozialisten am 1. Mai 1923, wobei er erklärte, es könnte nicht ohne weiteres behauptet werden, ob damals ein Staatsstreich beabsichtigt gewesen sei. Zweifellos habe es sich um eine Machtprobe gehandelt, wobei noch offen bleibe, was geschehen wäre, wenn die Nationalsozialisten ihr bewaffnetes Vorgehen hätten zur Durchführung bringen können. Im Anschluß an die Behauptung des damaligen Innenministers Schweyer, daß die Behörden bei der strafrechtlichen Verfolgung der Vorgänge vom 1. Mai 1923 versagt hätten, beantragte der Berichterstatter die Vernehmung des Justizministers Gürtner und des Ministerialrats Dürr als Zeugen darüber, ob der Justizminister die Staatsanwaltschaft telephonisch angewiesen habe, das Verfahren einzustellen.

Die Finanzierung der Bewegung.

Der sozialdemokratische Mitberichterstatter Dr. Högnert äußerte sich über die Finanzierung der Hitler-Bewegung und betonte, daß der größte Teil der Gelder Hitlers aus der Schweiz geflossen sei, daß er aber auch regelmäßig Gelder aus der Tschechoslowakei erhalten habe und auch aus dem Inlande. Das bewaffnete Auftreten der Kampfbünde am 1. Mai 1923 sei von langer Hand geplant gewesen und von inländischen Stellen, die hinter dem Rücken der bayerischen Regierung selbständig Politik getrieben hätten. Der Berichterstatter geht ausführlich auf die damaligen Ereignisse ein. Die Sitzung schloß mit dem Beschluß des Ausschusses, Freitag den Justizminister Gürtner, seinen Referenten Dürr sowie die Staatsanwälte Stenglein und Dreße zunächst unbeeidigt zu vernehmen.

## Die offizielle Untersuchung der Zagorki-Affäre beendet.

Warschau, 6. Oktober. Die offizielle Untersuchung der Zagorki-Affäre durch den Untersuchungsrichter ist heute beendet worden. Die Akten sind dem Procurator übergeben worden. Die ganze umfangreiche Untersuchung hat bisher angeblich keine anderen Resultate ergeben, als daß General Zagorki desertiert sei. Dem Vernehmen nach wird eine weitere offizielle Erklärung über die gegen die Kreise um Wisludski erhobenen Beschuldigungen, wie auch über das Untersuchungsergebnis nicht mehr erfolgen.

## Der Streit um die Kompetenz der Donaukommission vor dem Haager Gerichtshof.

Amsterdamb, 7. Oktober. Vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag begann gestern die Verhandlung über den Streitfall zwischen England, Frankreich und Italien einerseits und Rumänien andererseits in der Frage der Kompetenz der Donaukommission. Dr. Hoog vertritt als Vertreter der englischen Regierung die Anschauung, daß sich die Befugnisse der Donaukommission von Braila bis zur See erstrecken und nicht nur, wie Rumänien meine, von Galatz bis zum Meere. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt. Rumänien ist vertreten durch Millerand und Politis.

## Polnische Klammern über Mißhandlungen polnischer Lehrer in Litauen.

Wie verlautet, weiß die Boulevardpresse aus Warschau von angeblichen Mißhandlungen polnischer Lehrer zu berichten. Eine Anzahl Lehrer wurde verhaftet, wobei verschiedene Grausamkeiten begangen wurden. Die gefangenen Lehrer sollen in den Hungerstreik eingetreten sein. In den Bezirken Nowogrodek und Bialystok wurde ebenfalls eine Anzahl Personen verhaftet.

## Neue Matrosenausführungen in Toulon.

Nach einer Meldung aus Toulon kam es dort gestern zu einem neuen Zwischenfall. Mehrere Matrosen wollten in einer Schauhube Plätze einnehmen, die schon von Ingenieuren der Kriegsmarine belegt waren. Diese protestierten und zeigten ihre Offiziersausweise. Darauf erklärte einer der Matrosen: Ich pfeife darauf, ich verlasse die Marine. Er stürmte auf einen der Ingenieure zu, verletzte ihn im Gesicht und bearbeitete den zu Boden Fallenden mit den Füßen. Dem Angreifer gelang es, zu entkommen.

## Politische Rundschau Deutsches Reich

Glückwunschtelegramm des Reichskanzlers an Dr. v. Stauff.  
Berlin. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Direktor der Deutschen Bank, Dr. v. Stauff, zum 50. Geburtstag seine herzlichsten Glückwünsche telegraphisch übermittelt.

## Neuwahlen in Braunschweig.

Der Landtag des Staates Braunschweig stimmte in seiner Freitagssitzung mit großer Mehrheit einem von der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft eingebrachten Antrag zu, den Landtag am 26. November aufzulösen und am folgenden Tage die Neuwahlen vorzunehmen zu lassen.

## Der Besatzungszwischenfall bei Trier.

Die französische Besatzungsbehörde hat zu dem Scharfschießen der französischen Artillerie auf dem Exerzierplatz Grüneberg, bei dem kürzlich eine Anzahl Granaten in der Nähe von Arbeitern einschlugen, den deutschen Behörden mitgeteilt, daß sie eine Untersuchung eingeleitet und eine Wiederholung derartiger Vorfälle u n t e r b u n d e n habe.

## Litauen.

X Unklare Verhältnisse. Die von Berlin aus verbreiteten Nachrichten über die Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Wolbomaras sind von der litauischen Zensur in der gesamten litauischen Presse gestrichen worden. Nicht einmal die Erklärungen des Ministerpräsidenten Wolbomaras an eine deutsche halbamtliche Nachrichtenstelle durften von der litauischen Presse und den deutschen Zeitungen im Memelgebiet veröffentlicht werden. Es scheint also, als wenn der litauische Ministerpräsident in seinem eigenen Lande nicht Herr seiner politischen Schritte wäre. Man spricht von einer allmächtigen Offizierskamarilla.

## 500 000 Kilometer im Flugzeug.



Max Kahlow, einer der ältesten und erprobtesten Luftkapitäne der Deutschen Luftwaffe, hat soeben die halbe Million Flugkilometer im regelmäßigen Luftverkehr vollendet.

## Aus In- und Ausland.

Brandenburg. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte den polnischen Oberleutnant Kopala wegen angeblicher Spionage für Deutschland zu zehn Jahren Gefängnis.

Berlin. Die für die Befoldungsfrage zuständigen Reichsratsausschüsse sind gestern nachmittag erneut zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um die Beratung über das neue Beamtenbefoldungsgezet fortzusetzen. An den Verhandlungen nehmen auch die Vertreter der Länderregierungen teil.

London. Mit überwältigender Mehrheit nahm der konservative Parteitag in Cardiff gestern eine Entschließung an, die sich für das Frauenwahlrecht vom 21. Lebensjahr an ausspricht.

London. Nachrichten aus Gibraltar bestätigen, daß in Portugal ein neuer Staatsstreik verübt wurde, der den Zweck hatte, die Regierung Carmona zu stürzen und den portugiesischen Vorkämpfer in London, General Afonso, aus Madrid zu bringen. Zahlreiche Verhaftungen seien vorgenommen worden.

Rom. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, sollen augenblicklich Verhandlungen über die Verlobung der Prinzessin Giovanna, der 17jährigen Tochter des Königs von Italien, mit dem 18jährigen Fürsten von Bulgarien geführt werden.

Mina. Aus der Ukraine wird die Entdeckung von fünf der Spionage zugunsten Polens überführten Personen gemeldet. Von den anderen in diesem Zusammenhang Verhafteten sind fünf zu lebenslänglichen Kerkerstrafen verurteilt worden.

## Eine Krankenversicherung für Seelente.

Hamburg. Der Wunsch der deutschen Seemannschaft, eine eigene Krankenversicherung zu erhalten, scheint in Erfüllung zu gehen. Das Reichsarbeitsministerium hat den Referentenentwurf über eine Krankenversicherung für Seelente jetzt vorgelegt. Für Freitag und Sonnabend wird unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Gröber eine Konferenz in der Hamburger Börse stattfinden, an der außer den Reedereiverbänden und den seemannschaftlichen Angelegenheitsverbänden auch die interessierten Behörden teilnehmen werden. Es besteht die Absicht, die Versicherung ab 1. Januar 1928 in Kraft treten zu lassen. Versicherungspflichtig sollen alle an Bord von Seeschiffen bediensteten Personen ohne Rücksicht auf ihre Charge sein. Man hat sich für eine Sonderklasse („Seelasse“) entschieden.

## Der Schiedsspruch für die Solinger Metallindustrie verbindlich.

Solingen. Der Schlichter hat den Schiedsspruch für die Solinger Metallindustrie vom 20. September, der eine Lohn-erhöhung von 10 bzw. 15 Prozent vorsieht, für verbindlich erklärt. Damit ist die angefeindete Gesamtsperre gegenstandslos geworden.

## Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Autounfall zweier Marineoffiziere.

Berlin. Zwei im Reichsmarineamt beschäftigte Marineoffiziere wurden bei einem Autounfall nicht unerheblich verletzt. Ein Kraftwagen, in dem Fregattenkapitän Mattia und Kapitänleutnant Langsdorff saßen, stieß nachts in der Tiergartenstraße mit einer anderen Autobroschke zusammen. Bei dem Zusammenprall erlitt Fregattenkapitän Mattia schwere Verletzungen. Er mußte sofort ins Lazarett Tempelhof gebracht werden. Kapitänleutnant Langsdorff konnte sich nach Auflegung von Notverbänden in seine Wohnung begeben.

## Familientragödie.

Kürnberg, 6. Oktober. In Reichelsdorf tötete ein Arbeiter seine Ehefrau durch einen Schuß in den Kopf und verletzte seinen 19jährigen Stiefsohn durch einen Schuß in den Mund. Seine ihm auf der Straße begegnende Stieftochter wollte er gleichfalls erschließen, doch konnte diese rechtzeitig flüchten. Familienzwistigkeiten waren der Grund zu der Tat.

## Fünf Personen vom Blich erschlagen.

Mailand, 6. Oktober. In Galati auf Sizilien schlug ein Blich in ein Haus ein und tötete eine Frau, deren Sohn und drei alte Männer.

## Ueberschwemmungen am Niederrhein.

Cleve, 6. Oktober. Das in den letzten Tagen ständig steigende Wasser des Rheins hat die Niederung bei Cleve, Calcar und Xanten teilweise überschwemmt. Die Schleuse am Spon-Kanal, die den Wasserdruck des Rheins aus dem Kanal ableiten soll, ist außer Wirksamkeit gesetzt.

## Höllenschiffenanschlag in Verona.

Auf die Familie des Bürgermeisters von Verona wurde ein Anschlag mit einer Höllenschiffen verübt. Es handelt sich dabei um die Privatwache eines Mannes, der den Podesta schon seit Jahren mit anonymen Drohbriefen verfolgt. Fünf Personen trugen leichte Brandwunden davon.

## Fabrikattentat in Berlin.

Berlin. In einer großen Berliner graphischen Kunstanstalt in der Königgräber Straße ist in der Nacht zum dritten Male ein geheimnisvolles Attentat verübt worden. Unbekannte Täter, die sich nachts Einlaß in die Fabrikräume verschafft hatten, haben wertvolle Gegenstände demoliert.

## Vorsicht beim Drahtseilgange!

Greifswald. In Lassa wollte eine Schülerin einen an einem Kupferdraht befestigten Drachen steigen lassen. Ihr Bruder, der 25 Jahre alte Maurer Wilhelm Steinfurth, war ihr dabei behilflich. Plötzlich stürzte der Drache herunter und fiel auf eine 15 000-Volt-Starkstromleitung. Steinfurth brach sofort leblos zusammen.

## Ein dreijähriges Kind als zweifacher Lebensretter.

Lichtenfels. Das 3 1/2 Jahre alte Söhnchen des Zimmermanns Fröh hat in den letzten Tagen zwei Kinder vom Tode des Ertrinkens gerettet. Das einjährige Töchterchen eines Kleinbauern, das in die Reiz gefallen war, zog der Knabe an den Ohren heraus. Einen kleinen Jungen, der ebenfalls in den Fluß gefallen war, hielt der mutige Knirps solange am Arme fest, bis Hilfe herbeikam.

## Ein Kuß, der sich lohnte!

Der Pariser „Newyork Herald“ bringt ein interessantes Geschickchen aus Cleveland, wo es Pärchen verboten ist, sich in der Öffentlichkeit zu küssen, wenn die Liebenden nicht verheiratet sind. Nun war neulich ein junges Ehepaar in seinem Auto unterwegs und berührte auf seiner Hochzeitsreise auch die Stadt Cleveland. Dort küßte der junge Ehemann seine junge Frau. Ein Schutzmännchen, der dies bemerkte, hatte nichts eiligeres zu tun, als die beiden wegen Erregung öffentlicher Aergernisses auf das nächstliegende Polizeirevier zu führen und dies trotz aller Proteste des jungen Ehepaars, daß er es mit Mann und Frau zu tun habe. Die Klage der übereifrigen Hermandad wurde selbstverständlich abgewiesen und ein Nachspiel, nämlich eine Privatklage des jungen Ehepaars gegen den Schutzmännchen wegen Beleidigung usw. hatte den glänzenden Erfolg, daß das junge Ehepaar 14 000 Mark für Freiheitsberaubung usw. zugestanden erhielt.

## Ein Zopf britischer Kolonialverwaltung.

Ein fast fünfzig Jahre alter Zopf britischer Kolonialverwaltung ist vor kurzem in aller Stille abgeschnitten worden: die britische Regierung hat der Insel Zypern die Zahlung ihrer jährlichen Abgabe für die Türkei erlassen. Die wenig bekannte Geschichte dieser Abgabe ist sehr eigenartig. Bekanntlich gelang es Lord Beaconsfield im Juni 1878, noch vor Zutritt des Berliner Kongresses, von der Türkei die Abtretung der Verwaltung von Zypern zu erlangen gegen die Zustimmung, ein weiteres Vordringen der Russen hindern zu wollen. Die Abtretung erfolgte auf so lange Zeit, bis Rußland der Türkei die Festung Karz wiedergeben würde, also zeitlich unbestimmt. Als fernere Gegenleistung verpflichtete Großbritannien sich, der Pforte jährlich den Ueberschuß der Einnahmen Zyperns über die Ausgaben auszus zahlen, berechnet nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Der Betrag dieser Abgabe wurde auf rund 93 000 Pfund errechnet, die Zahlung aber nicht der britischen Staatskasse anverleibt, sondern der Insel Zypern selbst. Unter der britischen Verwaltung, die mehr Geld für die Insel aufwandte, wurde der errechnete Ueberschuß sehr bald nicht mehr erreicht, und so mußte das britische Parlament jährlich Unterstützungen bewilligen, die in den letzten dreißig Jahren sich alljährlich auf etwa dreißigtausend Pfund beliefen. Die Eigentümlichkeit, daß die Abzahlungssumme für die Verwaltung Zyperns nicht dem britischen Staatsschatz, sondern der Insel auferlegt wurde, fand sich dadurch einigermaßen gemildert, daß jetzt der britische Steuerzahler, wenigstens zum Teil, an der unrichtmässigen Belastung der Insel mit beteiligt wurde. — Eine weitere Eigentümlichkeit der Abgabe war, daß sie gar nicht an die Pforte ausbezahlt wurde, sondern an die Besitzer von Anteilscheinen der Ottomanischen Anleihe von 1855, die von Großbritannien und Frankreich verbürgt war. Die verbleibenden jährlichen Ueberschüsse wurden zu einem Grundstock angehäuft, aus dem u. a. die Lösegelder für britische Staatsangehörige gezahlt wurden, die türkischen Räubern in die Hände fielen! — 1907 wurde nun die britische Beihilfe zu der Abgabe endgültig auf fünfzigtausend Pfund festgesetzt, so daß zu Lasten der Insel noch 43 000 Pfund jährlich verblieben. Seit 1878 hat Zypern somit aus eigener Tasche rund zwei Millionen Pfund zahlen müssen, die natürlich nachbringender zugunsten der Insel selbst verwendet worden wären. Mit der Errichtung Zyperns zur Kronkolonie im Jahre 1925 trat dieser Widerstand noch deutlicher hervor, und jetzt ist es dem Gouverneur, Sir Ronald Storrs, endlich gelungen, den völligen Erlaß der Abgabe für die ihm unterstellte Insel durchzusetzen. So ganz ohne Hand hat die britische Regierung es aber doch nicht fertig gebracht: Zypern soll jährlich zehntausend Pfund zur Reichsverteidigung beitragen. Klüger wäre es schon gewesen, die Abgabe mit einer stolzen Gebärde abzutun und den Beitrag zur Reichsverteidigung den Inselanwohnern zu überlassen.